

FDP FDP

Liberaler Zeitung

Landesverband Schleswig Holstein

Russeer Weg 132, 24109 Kiel, Tel.: 0431-535930, Fax: 0431-5359320, E-Mail: landesverband@fdp-sh.de
Ausgabe Nr. 2/2007



Jürgen Koppelin, MdB
FDP-Landesvorsitzender

„Stegner ist für uns inakzeptabel“

„In einer CDU/FDP-Koalition würde die Landespolitik ganz anders aussehen“, sagte FDP-Chef Koppelin im Interview mit Peter Höver vom sh:z.

Seit zwei Jahren wird das Land von einer großen Koalition regiert. Was sticht politisch am meisten ins Auge?

Mich erstaunt, mit welcher Rasanz sich die CDU von früheren Positionen verabschiedet hat. Denken wir an die Schulreformen oder die Pläne zur Kreisreform. Die Union ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Sie hat alles mitgemacht, was die SPD will.

Wächst damit die Distanz zwischen CDU und FDP? In einer christlich-liberalen Koalition würde die Landespolitik ganz anders aussehen. Mich wundert, dass die CDU-Führung nicht im Ansatz dafür sorgt, dass die Union an der Seite der SPD erkennbar ist. Stattdessen wird alles getan, dass ihnen die SPD als Partner nicht wegläuft.

Besteht die Gefahr des vorzeitigen Bruchs der Koalition? Ich sehe dies nicht. Auch deshalb nicht, weil Herr Stegner als künftiger SPD-Landesvorsitzender für uns Liberale mit seinen Positionen und seiner Art des Auftretens völlig inakzeptabel ist. Und seine Positionen in der Innenpolitik sind völlig indiskutabel.

Droht da eine Eiszeit zwischen SPD und der traditionell sozial-liberal geprägten Nord-FDP? Herr Stegner ist für mich nicht die SPD. Er ist als künftiger Vorsitzender eher eine Notlösung, weil Alternativen nicht gefunden wurden. Die Partei wird deshalb notgedrungen zu ihm stehen.

Parteitag:

FDP startet in die Kommunalwahl

Elmshorn – Die Liberalen wittern Morgenluft. Mit deutlicher Kritik am Schulgesetz und einem Nein zur Kreisreform brachten sie sich auf ihrem Parteitag in Stimmung für die Kommunalwahl 2008. Diskutiert wurde über Wolfgang Kubicki, der schon über mögliche Koalitionen für 2010 nachgedacht hatte.

Für Gesprächsstoff war gesorgt, als die Delegierten am Sonnabend in der Nordakademie in Elmshorn eintrudelten. Er werde als Person alles dafür tun, dass Peter Harry Carstensen 2010 erneut Ministerpräsident wird, hatte ihr Fraktionsvorsitzender tags zuvor bekräftigt – und

Kubicki: Union ist und bleibt politischer Gegner

Der Verursacher selbst konnte mit der Debatte offenbar gut leben. „Ich dachte, es gibt richtig Ärger“, bekannte er lächelnd und rückte seine Äußerungen ein wenig zurecht: „Ich habe keine Koalitionsaussage gemacht und werde auch keine machen“, erklärte er. Allerdings sei es notwendig zu sagen, „wo die FDP steht“. Klar sei: „Die Union bleibt für mich ein politischer Gegner wie die anderen auch.“ Damit war die Partei wohl versöhnt – zumindest holte Kubicki bei den Delegiertenwahlen zum Bundesparteitag ein gutes Ergebnis.



Große Mehrheiten für die Aufarbeitung der Themen „Aufnahme des Verbots der Staatsverschuldung in die Verfassung“ sowie „Abschaffung des Atomausstiegs“ im Rahmen von Fachkonferenzen.

damit allgemeines Kopfschütteln ausgelöst. Für „Spekulationen über Koalitionen“ sei es „noch viel zu früh“, meinte der Landesvorsitzende Jürgen Koppelin. Die Dithmarscher Kreisvorsitzende Veronika Kolb fand: „Es ist für uns Kommunalpolitiker keine Hilfe, ohne Not einer völlig orientierungslosen CDU Avancen zu machen.“ Und auch Christine Schulze-Grothkopp vom Kreisverband Rendsburg-Eckernförde stieß die „Quasi-Koalitionsaussage“ bitter auf: „Ich hätte Sie eigentlich für lernfähiger gehalten“, erklärte sie.

„Grobe Koalition“ sichert den Liberalen gute Ausgangsposition

Inhaltlich hatte Kubicki zu Beginn des Parteitages den Ton angegeben und in einer Grundsatzrede die große Koalition aufs Korn genommen. Angesichts der Reibereien zwischen CDU-Finanzminister Rainer Wiegard und SPD-Innenminister Ralf Stegner sprach Kubicki von einer „grobe Koalition“. Denn: „Das sind keine Szenen einer Ehe, das ist bereits Scheidung auf sizilianisch.“

Fortsetzung Seite 2

In dieser Ausgabe: Parteitag: FDP startet in die Kommunalwahl • Kubicki: Opposition prüft Verfassungsklage gegen das neue Polizeigesetz • Opposition: Landesverfassung soll Kinderrechte schützen • Ergebnis LFA-Vorsitzende 2007 • Ekkehard Klug beim OV Flintbek • Landesvorstand Julis • Nachruf für Dr. Klaus Nolden • Treffen der Ratsfraktionen Kiel und Flensburg mit der FDP-Landtagsfraktion in Kiel • Stellenangebot: Büroangestellte/r



Fortsetzung von Seite 1

Für die FDP sei die „politische Schlamm-schlacht“ allerdings eine gute Ausgangsposition, fand Kubicki. Für den Kommunalwahlkampf empfahl er: „Wir sollten uns auf konkrete Themen konzentrieren, die die Menschen emotional bewegen.“

Kreisgebietsreform und Schulpolitik als Themen vor Ort

Bestes Beispiel sei die umstrittene Kreisgebietsreform. „Wir haben ein klares Konzept. Denn wir wollen, dass die Kreisgrenzen so bleiben, wie sie sind. Der Parteitag beschloss auf Initiative der Julis einen Antrag, der die FDP-Fraktion auffordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der wesentliche Gebietsänderungen nur mit Zustimmung der betroffenen Bürger erlaubt. Wobei die Fraktion erst tätig werden wird, wenn die Bemühungen der Volksinitiative keinen Erfolg haben sollten. Auch zur Zukunft des fusionierten Universitätsklinikums äußerte sich Kubicki. Er sprach sich dafür aus, es wieder in die Uni-Kliniken Kiel und Lübeck aufzuspalten, die Uni-Klinik Lübeck zu privatisieren und die Lübecker Uni in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln. Als zweites großes Thema wollen die Liberalen die Schulpolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen.

„Die große Koalition hat viele neue

Probleme geschaffen, ohne die alten zu lösen“, kritisierte Bildungspolitiker Ekkehard Klug als Verfechter des gegliederten Schulsystems.

Klug forderte unter anderem die Wiedereinführung der Vorschulklassen für Fünfjährige und geißelte die „Zwangseinschulung für Sechsjährige“. Der FDP-Abgeordnete mahnte zudem die Verantwortung der Eltern an. „Wir wollen auch eine Bildungspolitik, die die Leistungen jener Eltern anerkennt und honoriert, die



„Wollen den Spuk der groben Koalition so schnell wie möglich beenden“, so Wolfgang Kubicki in seiner Grundsatzrede.

sich nach wie vor ordentlich um ihre Kinder kümmern.“

Fachtagungen zu Staatsverschuldung und Atomausstieg

Zu zwei weiteren Anträgen an den Parteitag wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass sie durch Fachtagungen grundsätzlich aufgearbeitet werden sollen. Zum einen ging es um die Initiative, ein Verbot der Staatsverschuldung in der Verfassung zu verankern. Fraktionschef Kubicki schlug vor, den Antrag unter den Aspekt der Generationengerechtigkeit mit Fachleuten zu diskutieren und die Ergebnisse auf einem der nächsten Parteitage vorzulegen. Dies wird auch mit dem Antrag des Kreisverbandes Dithmarschen auf Abschaffung des Atomausstiegs geschehen. Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Heiner Garg, schlug dem Parteitag ein Symposium zum Thema vor, dessen Ergebnisse dann in einen neuen Antrag für einen der nächsten Parteitage münden sollen. Auch dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Mit der Neuwahl der Vorsitzenden für die Landesfachausschüsse (s. Ergebnisliste, S. 3) und der Delegierten zum Bundesparteitag hatten die Delegierten des Landesparteitages schließlich ein umfangreiches Programm erfolgreich bewältigt.

Kubicki: Opposition prüft Verfassungsklage gegen das neue Polizeigesetz

Die Opposition in Schleswig-Holstein erwägt eine Verfassungsklage gegen das geplante neue Polizeigesetz des Landes. Es liefen bereits entsprechende Gespräche, sagte FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki auf einer Pressekonferenz von Juristenverbänden und Oppositionsparteien vor der Landespresse in Kiel. Er warf Innenminister Ralf Stegner (SPD) vor, den ‚Kompass für ein liberales, freiheitliches und rechtsstaatliches Polizeirecht‘ verloren zu haben. Der

Landtag hat das von allen Experten einhellig kritisierte Gesetz mittlerweile mit den Stimmen der großen Koalition beschlossen.

Datenschutz wird ausgehebelt

Opposition, Datenschützer und Juristenverbände bekräftigten im Vorfeld der Landtagssitzung ihre Kritik an der geplanten Verschärfung des Polizeirechts. Der Verfassungsschutzbeauftragte Thilo Weichert erkennt darin ‚teilweise unverhältnismäßige

Einschränkungen‘ des Datenschutzes. Problematisch sei insbesondere die verfassungsgemäße Anwendung von Telefonüberwachung, Schleierfahndung oder Kfz-Kennzeichen-Scanning.

„Jedermann-Überwachung“ hält Einzug

Die Neue Richtervereinigung kritisierte eine geplante ‚Jedermann-Überwachung‘ weit im Vorfeld einer möglichen Gefahr. Dieser Eingriff sei im vorliegenden Gesetzentwurf jedoch nicht sorgfältig genug abgegrenzt. Unbescholtene Bürger könnten nicht mehr erkennen, wo, wann und unter welchen Umständen sie in das Visier polizeilicher Observation geraten.



Massive Kritik am Polizeigesetz von Juristenverbänden und der Landtagsopposition vor der Landespressekonferenz. Wolfgang Kubicki kündigte die Prüfung einer Verfassungsklage an.

Kubicki betonte mit Hinblick auf die geplante Ausweitung der Überwachungsbefugnisse der Polizei, niemand solle denken, er sei unbeteiligt. „Nach diesem Polizeirecht sind alle beteiligt.“ Er fügte hinzu: „Das ist definitiv der Weg in den Polizeistaat.“

Opposition: Landesverfassung soll Kinderrechte schützen

Kiel - Die kinderpolitischen Debatten auf Bundesebene sorgen auch in Schleswig-Holstein für neue Bewegung: Der Schutz und die Förderung von Kindern und Jugendlichen bekommen nun wahrscheinlich auch im Norden Verfassungsrang. Die Opposition aus FDP, Grünen und SSW stellte dazu in Kiel einen Gesetzentwurf vor, den die CDU-Fraktion umgehend begrüßte. Nach diesem Kurswechsel der Union stehen die Chancen gut, dass die Änderung der Landesverfassung positiv abgestimmt wird. Damit kann eine Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung jetzt erreicht werden, nachdem die dafür benötigte Zweidrittel-Mehrheit bisher an der CDU gescheitert war.

CDU unterstützt Antrag der Opposition

Die CDU begrüße die Initiative von FDP,

GRÜNEN und SSW, Kinder und Jugendliche unter den besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung zu stellen, sagte CDU-Fraktionschef Johann Wadepuhl. „Ihr Stellenwert kann gar nicht hoch genug bemessen werden!“. Noch im letzten Oktober hatten die Koalitionsfraktionen CDU und SPD einen entsprechenden Gesetzentwurf der Opposition in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Garg: Handlungsanweisung für die Abwägung von Eltern- und Kinderrechten

„Es handelt sich hier keinesfalls um Symbolpolitik“, sagte FDP-Fraktionsvize Heiner Garg. Es gehe vielmehr um konkrete Handlungsanweisungen für die Abwägung

von Kinder- und Elternrechten. Beispiel Verwahrlosung: In letzter Konsequenz müssten Kinder auch vor den eigenen Eltern geschützt werden, wenn diese überfordert sind. „Immer wenn es um die Fragestellung geht, wie Elternrecht gegenüber Kindesrecht abgewogen werden kann, wird uns schmerzlich bewusst, dass im Zweifel die Ansprüche der Kinder und Jugendlichen auf der Strecke bleiben“, so Garg.

Umsetzung zur Mai-Tagung möglich

„Elf Bundesländer haben bereits Kinderrechte in der Verfassung verankert“, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Monika Heinold. Die Kleinsten der Gesellschaft könnten ihre Rechte nicht selbst einklagen, betonte Anke Spoorendonk vom SSW. „Deshalb muss der Staat ihnen einen besonderen Schutz bieten.“ Auch der Kinderschutzbund unterstützt die Initiative. „Würden die Kinderrechte in die Landesverfassung aufgenommen, müssten die Belange von Kindern bei jedem Gesetz und jeder Verordnung mitbedacht werden“, sagte die Landesvorsitzende Irene Johns zu den Konsequenzen.

Die Erste Lesung fand in der März-Tagung des Landtages statt. Im Mai könnte die Verfassungsänderung abgeschlossen werden.



Opposition legt gemeinsamen Antrag zur Änderung der Landesverfassung vor. (v.l.) Anke Spoorendonk (SSW), Heiner Garg (FDP) und Monika Heinold (GRÜNE) vor der Landespressekonferenz in Kiel.

Ergebnis LFA-Vorsitzende 2007

Landesfachausschuss	Vorsitzender	Stellvertreter
Agrarpolitik	Carsten-Peter Brodersen	Britta Reimers
Bildungs- und Kulturpolitik	Margit Fuhrmann	Dr. Christine Nissen
Familien-, Jugend- und Sozialpolitik	Matthias Scheffler	Anja Kuhlmann
Finanz- und Haushaltspolitik	Bodo Chemnitz	Wolfgang Schnabel
Gesundheitspolitik	Christine Aschenberg-Dugnus	Dr. Dieter Hack
Gleichstellungspolitik	Christiane Coenen	Ursula Bethke
Innen- und Rechtspolitik	Christina Musculus-Stahnke	Uta Scheel
Internationale Politik	Dr. Michaela Blunk	Christian Koch
Organisationsfragen	Friedrich Hass	Thorsten Seltmann
Raumordnung, Städtebau		
und Wohnungswesen	Wilfried Lütke	Roland Zimmermann
Satzungsfragen	Bodo Chemnitz	Wilfried Knop
Umwelt- und Energiepolitik	Dieter Kröhn	Britta Reimers
Wirtschafts- und Verkehrspolitik	Uwe Petersen	Claus Hinrich Stange



Wilfried Lütke aus Plön wurde auf dem Parteitag für seine 25-jährige Mitgliedschaft in der FDP geehrt. Landesvorsitzender Jürgen Koppelin überreichte ihm unter Beifall der Delegierten die Theodor-Heuss-Medaille und dankte ihm für seine langjährige Mitarbeit. Der 60-jährige Architekt Lütke wurde auf dem Parteitag auch erneut zum Vorsitzenden des Landesfachausschusses Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen gewählt, dem er seit über einem Jahrzehnt angehört (s. Ergebnisliste links).

Ekkehard Klug beim OV Flintbek

Unter dem Motto „Vorsicht Falle: Schulgesetz!“ stand die Auftaktveranstaltung des noch jungen OV Flintbek und wurde ein Volltreffer. Vor über 100 Teilnehmern informierte Dr. Ekkehard Klug über das neue Schulgesetz und seine Folgen. Es entspann sich eine rege Diskussion, an der auch der Bürgermeister von Flintbek teilnahm. Am Rande der Veranstaltung konnte der OV sogar einen Neueintritt und mehrere Interessensbekundungen verzeichnen. Die Vorsitzende Regine Schlegelberger-Erfurth und ihr Team freuten sich über den gelungenen Start ins Jahr 2007 und dankten Ekkehard Klug für seine kompetente Unterstützung.



Ekkehard Klug übte auf der Veranstaltung scharfe Kritik am neuen Schulgesetz der Großen Koalition. Vorsitzende Regine Schlegelberger-Erfurth leitete die rege Diskussion.

Landesvorstand Julis



Wurde auf dem Landeskongress der Julis in Eckernförde neu bestimmt, der Juli-Landesvorstand. (v.l.) Alexander Unmack: Beisitzer, Christian R.M. Koch: 2. Stellv. Landesvorsitzender - Presse, Knut Voigt: 3. Stellv. Landesvorsitzender - Organisation, Constantin Papaspyratos: 1. Stellv. Landesvorsitzender - Programmatik, Christopher Vogt: Landesvorsitzender, Franziska Spitzer: Beisitzerin, Patrick Löffel: Beisitzer, Kerstin Harten: Beisitzerin



Dr. Klaus Nolden

Nach langer, schwerer Krankheit ist im Alter von 63 Jahren Dr. Klaus Nolden gestorben. 1973 trat er in die FDP ein und führte von 1975 an für mehr als zwanzig Jahre den Ortsverband Wedel. Sechs Jahre lang war Dr. Nolden stellvertretender Landesvorsitzender, er war Bundes- und Landtagskandidat und 2003 Bewerber für das Amt des Landrates in Pinneberg.

Die FDP Schleswig-Holstein wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Mitglieder der neuen FDP-Ratsfraktionen aus Kiel und Flensburg trafen sich zum Meinungsaustausch mit der FDP-Landtagsfraktion im Kieler Landeshaus. Von der Verwaltungsstrukturreform über die Kreisreform bis hin zur Schulpolitik reichten die Themen. Auch der Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich, unter dem die kreisfreien Städte besonders zu leiden haben, spielte eine Rolle. Fraktionschef und Oppositionsführer im Landtag, Wolfgang

Kubicki (3. v. l.) bot gemeinsam mit Ekkehard Klug (2. v. l.), Heiner Garg (4. v. l.) und Günther Hildebrand (v. r.) die politische Unterstützung der FDP-Fraktion an und zeigte die politischen Alternativen auf. Ratsfrau Meike Bruhns aus Flensburg (v. l.) und die Kieler Ratsherren Jan Huuk (2. v. r.) und Wolf-Dietmar Brandtner (3. v. r.) dankten für die Einladung und betonten ihrerseits die Notwendigkeit der guten Zusammenarbeit.

Für unsere Landesgeschäftsstelle suchen wir als Verstärkung eine/n

Büroangestellte/n

Sie verfügen über gute PC-Kenntnisse, sind teamfähig, einsatzfreudig, selbständig und belastbar?
Wir bieten Ihnen umfangreiche und interessante Aufgabengebiete.

Interessiert? Dann senden Sie uns bitte Ihre ausführlichen und schriftlichen Bewerbungsunterlagen an die FDP-Landesgeschäftsstelle, Russeer Weg 132, 24109 Kiel. Für Rückfragen steht Ihnen der Landesgeschäftsführer Herr Friedrich Hass zur Verfügung. (Telefon 0431-535930, E-Mail hass@fdp-sh.de).

Impressum

Herausgeber: FDP-Landesverband Schleswig-Holstein, Russeer Weg 132, 24109 Kiel, Tel: 0431-53 59 30, Fax: 0431- 53 59 320, **verantwortlich:** F. Hass, **Gesamtherstellung:** KOMMA, Büchen